

752.o.- - Pi/do
330.o.-

Nairobi, 5. Dezember 1975

Konferenz WCC: Angriff auf die Schweiz wegen Lieferungen an
Atomkraftwerk in Südafrika

1. Erkundigungen beim hiesigen BBC-Vertreter ergeben, dass BBC, sowie deutsche und französische Firmen Offerten eingereicht haben. Eine Auftragserteilung ist noch nicht erfolgt. Selbst wenn BBC den Auftrag erhielte, würde sie ihn an eine ausländische Tochtergesellschaft weitergeben.

Ich gebe diese Auskunft an Herrn Pfarrer Wildbolz weiter. Es bestehen für die schweizerische Regierung keine gesetzlichen Möglichkeiten, die Ausführung des Auftrages zu verhindern.

2. Selbst wenn schweizerische Lieferungen vorlägen und abgesehen vom Fehlen gesetzlicher Grundlagen, diese zu verhindern, könnte die schweizerische Haltung folgendermassen festgelegt werden:
- a. Die schweizerische Wirtschaft ist auf Aufträge angewiesen, besonders heute: Rezession, Arbeitslosigkeit.
 - b. Die Schweiz ist bis auf weiteres nicht bereit, Massnahmen zur Schwächung der südafrikanischen Wirtschaft zu ergreifen. Die Wirtschaft ist frei, mit Südafrika zu verkehren.
 - c. Besondere Stützungsmaßnahmen zugunsten der südafrikanischen Wirtschaft sind allerdings nicht angezeigt. Im Hinblick auf die kommende Auseinandersetzung um das Regime in Südafrika ist zu hoffen, dass die wirtschaftliche Verflechtung mit Südafrika sich im gegenwärtigen Rahmen hält oder sogar abgebaut wird.
 - d. Die Schweiz verurteilt die Apartheidpolitik Südafrikas und unterstützt alle Bestrebungen, Südafrika von dieser Politik abzubringen. Sie schliesst dabei aber die Beteiligung an Zwangsmassnahmen aus.
 - e. Die Schweiz begrüsst es, wenn sich die Kirchen gegen Rassismus und Unterdrückung anderer Art wenden, sofern sie das nicht nur im Falle Südafrikas tun und damit das Opfer einseitiger Politik werden.
 - f. Die schweizerische Neutralitätspolitik bringt es mit sich, dass die Schweiz als Staat im Südafrikakonflikt nicht für die eine Partei gegen die andere Stellung nehmen darf, (wenn das berechtigte Zweifel an unserer Neutralität im Kriegsfall zur Folge haben kann.)
 - g. Die schweizerische Politik, in dieser wie in anderen Fragen, unterliegt allerdings dem demokratischen Willensbildungsprozess und kann deshalb geändert werden. Die Kirchen

ohne Einschränkung

können sich mit ihren Forderungen wohl direkt an den Staat wenden, aber wichtiger ist es, in einem demokratischen Staat, dass sie versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, damit der Bürger in Ausübung seiner politischen Rechte allenfalls die Politik des Landes ändern kann.

3. Weitere Ueberlegungen zum Gegenstand:

- a. Die Schweiz ist gegen die Proliferation von Atomwaffen und begrüsst entsprechende Massnahmen, die allerdings auf alle Staaten angewandt werden müssen.
- b. Die Zusammenhänge, die zwischen Kernkraftwerken und Kernwaffenherstellung bestehen mögen, sollten nicht zur Ablehnung von Kernkraftwerken führen, solange Kernkraftwerke für die Deckung des Energiebedarfes unerlässlich sind.
- c. Es ist fraglich, ob die Verhinderung von ausländischen Lieferungen an Südafrika dieses zu verhindern vermöchte, selbst ein Kernkraftwerk herzustellen.
- d. Die Verhinderung des wirtschaftlichen Fortschrittes in Südafrika würde in erster Linie die schwarze Bevölkerung treffen, denn die Weissen würden dafür sorgen, dass sie ihren Lebensstandard nicht wesentlich senken müssen.
- e. Umgekehrt kommt der wirtschaftliche Fortschritt auch den schwarzen Massen zugute. Man kann schon heute einen besseren Ausgleich als vor ein paar Jahren feststellen.
- f. Wenn es zum Befreiungskrieg in Südafrika kommt, so wird es ein Guerillakrieg von der Art des Vietnamkrieges sein. In einem solchen Krieg sind Atomwaffen kaum nützlich und es ist deshalb höchst unwahrscheinlich, dass sie, falls Südafrika überhaupt über solche Waffen verfügen wird, angewendet werden.
- g. Massnahmen des Auslandes gegen Südafrika werden die Haltung der Weissen verhärten und werden eine friedliche Lösung erschweren. Sie können deshalb nur von jenen befürwortet werden, die auf Kollision aus sind und eine friedliche Lösung ablehnen oder von vorneherein für unmöglich halten.
- h. Die Investitionen in die südafrikanische Wirtschaft kommen eines Tages einem neuen Regime in Südafrika zugute. Präzedenzfall Cabora Bassa: Wie hat man, nicht zuletzt in kirchlichen Kreisen, gegen dieses Unternehmen gewettert (z.B. an der Konferenz "Schweiz und dritte Welt")! Heute kann sich die Regierung von Mozambique beglückwünschen, dass sie dieses Kraftwerk nicht selber bauen muss, sondern von den portugiesischen Investitionen profitiert. Es zeugt von Kleingläubigkeit an dem Befreiungskampf, wenn man dies nicht einsieht.

P. Pestalozzi

(Pestalozzi)